

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.M. 66, Cindestrasse 3
Fernsprecher: Dönhoff 282-287
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlin und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Docueta-Verlag GmbH
Berlin S.M. 66, Cindestrasse 3
Fernsprecher: Dönhoff 282-287

Wie sie lügen!

Die Geschichte eines Flugblatts. — Trotha und die Rebellion der Admirale.

In den kritischen Herbsttagen von 1918 rief mich Scheidemann an und bat mich, schleunigst zu ihm ins Reichsamt des Innern zu kommen, wo er damals als Staatssekretär ohne Portefeuille amtierte.

Als ich kam, teilte mir Scheidemann mit, in Kiel seien unangenehme Dinge passiert. Bei den Mannschaften sei das Gerücht verbreitet, es sei geplant, der englischen Flotte noch eine letzte Schlacht zu liefern. Da die Leute keine Lust hätten, ihr Leben in sinnloser Weise zu opfern, sei unter ihnen Unruhe entstanden und es sei zur Verweigerung des Gehorsams gekommen. Natürlich sei die Geschichte von der Seeschlacht Unsinnsinn, da das Waffenstillstandsangebot schon heraus sei, aber die Mannschaften glaubten sie, und nun handle es sich darum, sie aufzuklären und zu beruhigen. Es liege der Entwurf eines Flugblatts vor, das diesem Zweck dienen solle, aber der rechte Ton sei nicht getroffen, und darum bitte er mich, ein Flugblatt zu schreiben, das mit dem Namen des Reichsanzler Prinzen Max und dem seinen versehen in Kiel verbreitet werden solle.

An der Richtigkeit der von Scheidemann gegebenen Darstellung konnte ich keinen Augenblick zweifeln. Denn daß Scheidemann als Vertrauensmann der Sozialdemokratischen Partei im „ersten parlamentarischen Kabinett Deutschlands“ über die Dinge falsch unterrichtet sei, konnte ich nicht annehmen. Das Friedensangebot war heraus, am 5. Oktober hatte die Regierung auf Drängen der Heeresleitung um einen Waffenstillstand ersucht, „um weiteres Blutvergießen zu vermeiden“. Die Heeresleitung selbst wollte also „kein weiteres Blutvergießen“. Außerdem war sie der Zivilregierung unterstellt. Und von alledem abgesehen, war der Plan einer großen Seeschlacht unter den einmal gegebenen Umständen ein so kaffee Aberwitz, daß man ihn einem normalen Menschen gar nicht zutrauen konnte.

Ich setzte mich also hin und schrieb an die Matrosen, daß sie irreführt worden seien, daß kein Mensch an eine Seeschlacht denke und daß sie wieder zur Disziplin zurückkehren sollten.

Ich fuhr dann noch in das Reichsmarineamt zum Staatssekretär Ritter v. Mann und sprach mit ihm über die Dinge. Ich erhielt auch von ihm keine andere Darstellung und nehme ohne weiteres an, daß er ebenso getäuscht worden war wie die anderen Mitglieder der Regierung.

Leider habe ich über das weitere Schicksal des Flugblattes nichts erfahren können. Ich weiß nicht, ob Prinz Max es unterschrieben hat, ich weiß auch nicht, ob es nach Kiel gelangt ist. Ich will hoffen, nein. Denn dann hätte ich ja den Matrosen Lügen vorgelesen, über die sie sich, da sie besser unterrichtet waren, mit Recht empört hätten.

Wie war der Verlauf der Dinge? Offenbar so: Prinz Max und Ritter von Mann waren belogen worden. Sie gaben gutgläubig diese Lügen an Scheidemann weiter. Der wieder an mich. Und ich sollte sie nun den Matrosen vorsehen!

So ist der gute Wille der Sozialdemokraten, dem deutschen Volke in schwerster Not zu helfen, in schamloser Weise mißbraucht worden. Man hat uns belogen und betrogen. Unser Fehler war, daß wir einen solchen Mangel an Wahrheitsliebe bei Leuten, die eine ganz besondere Ehre für sich in Anspruch nahmen, nicht vermuteten.

Der „Vorwärts“ hat ein paar Tage später die Wahrheit über die Vorgänge in Kiel als erstes Blatt ausgedruckt. Friedrich Stampfer.

Trotha und das Lügen-system.

Im Reichstag wird heute Admiral v. Trotha zu dem Dittmannschen Bericht vernommen. Gerade er ist ein typischer Repräsentant jenes Systems der Unwahrhaftigkeit, das hier bereits geübt wurde, bei den militärischen Stäben aber zur Virtuosität ausgebildet war.

Der „Vorwärts“ hat als erstes Blatt am 14. November 1918 die Admiralsverschwörung und den geplanten Todesritt der Flotte enthüllt. Am 16. November 1918 erschienen darauf Admiral v. Trotha in der Redaktion des „Vorwärts“ und verlangte ein Dementi. Er suchte in längerer Unterhaltung dem damaligen Redakteur Genossen Rütner klarzumachen, daß die Flottenausfahrt lediglich defensive Zwecke verfolgte, nämlich den Schutz des rechten Flügels der sich aus Flandern zurückziehenden Armee. Eine Seeschlacht mit den Engländern sei nicht beabsichtigt gewesen, man hätte sich nur auf eine solche eingelassen, wenn die Engländer angegriffen hätten. Der „Vorwärts“ gab damals dieser Erwiderung Raum.

Sechs Jahre später enthüllte in den bekannten Dolchstoßheften des Herrn Cohnmann der Konteradmiral v. Seebohm, erster Berater des Chefs des Stabes und rechte Hand des Admiral v. Trotha, das genaue Gegenteil. Seebohm stellte in den „Subdeutschen Monatsheften“ fest, daß der Zweck des Auslaufens der Flotte war, die englische Flotte auf jeden Fall zum Schlagen zu zwingen. Konteradmiral v. Seebohm betont ausdrücklich, daß mehrere Pläne zur Auswahl standen und daß dem Plan der Vorzug gegeben wurde, der die größte Sicherheit dafür bot, daß er die englische Flotte zum Schlagen zwingen würde. Aus seiner Darstellung geht auch klar hervor, daß Admiral v. Trotha vollkommen in diesen Plan eingeweiht war, daß er ihn nicht nur mitgewußt, sondern mitbestimmt hat. Als Zweck des ganzen Vorgehens bezeichnet Seebohm ausdrücklich: „daß die Flotte zum Endkampf einzusetzen sei“.

Aus Seebohms Darstellung geht klar hervor, daß Admiral v. Trotha seinerzeit der „Vorwärts“-Redaktion bewußt die Unwahrheit gesagt hat. Daraus kann man ersehen, welche Glaubwürdigkeit die Ausführungen dieses Herrn vor dem Ausschuss verdienen.

Dieser gemeine Ueberfall sollte aber nicht der einzige sein. Einzelne Kameraden, die sich nach der Bahn begeben wollten, wurden ebenfalls überfallen. Die östlichen Kotten hatten sich im Park festgesetzt und geschickt die dunklen Stellen ausgewählt, wo sie die Kameraden von hinten mit allen möglichen Mordwaffen bearbeiteten.

Als Führer der Bande betätigten sich Karl Vogelen, Hohmann, Kowella und Gelonska, die sämtlich in Gotha bekannt sind und dergleichen schon mehr auf dem Gewissen haben.

Wie schon erwähnt, sah bereits in der Stadt die Polizei untätig diesem Treiben zu. Trothodem sie aus den Drohungen entnehmen mußte, daß Ueberfälle geplant waren, hatte sie nicht für Sicherung gesorgt. Das Reichsbanner ist eben Freiwillig, so wie im April des Jahres 1925. Die Polizei hätte aus diesen Fällen ohne weiteres Lehre ziehen müssen. Erst als die Ueberfälle überhand nahmen und die Empörung unter den Reichsbannerkameraden nicht mehr zu bändigen war, erschien Polizei und sicherte die Straßen, um auch einige Verhaftungen vorzunehmen. Aber es wird den Verhafteten ebenso wenig passieren als denjenigen, die den Ueberfall am 26. April 1925 ausführten. Es handelt sich zum großen Teil um dieselben Personen.

Der Haupttäter Vogelen ist kein unbekanntes Blatt. Zum erstenmal machte man die Bekanntheit dieses Subjekts während des Raithenau-Mordes. Damals wurde der Jungbo, dem er angehörte, verboten. Vogelen war der erste, der damals ausriß. Später betätigte er sich dann als Spigel. Die Gerichtsakten geben über ihn weitere Auskunft.

Man wird neugierig auf die Schritte sein dürfen, die der Staatsanwalt in diesem Fall unternehmen wird.

Weißer Schrecken im Shanghai Tschangfollins. Nach einer Agentur-Meldung aus Shanghai ist in Wufih ein kommunistischer Agitator hingerichtet worden.

Einreise nach Australien gestaffel. Die australische Regierung hat die Bestimmungen des Einwanderungsgesetzes über die Behinderung der Einreise deutscher Staatsangehöriger nach Australien aufgehoben. Das bezieht sich nicht auf Papua, die Norfolk-Insel und Neu-Guinea. Seinerzeit internierte Deutsche, die ausgewiesen wurden, müssen besondere Erlaubnis zur Rückkehr haben.

Dank vor der Wahrheit.

Die Schande des alten Systems soll verborgen werden.

Als Genosse Dittmann im Untersuchungsausschuss des Reichstags in einem streng sachlichen Referat das Aktienmaterial vortrug, das die Schändlichkeiten der Admirale und der Kriegsräte, die Spiegelmirtschaft, den Justizmord, den Hochverratsversuch der Flottenleitung enthüllte, ging tiefe Bewegung und Erschütterung durch alle, denen die Wahrheit über politische Hege geht. Sie fühlten alle: es geht nicht um die Person Dittmanns — es geht um die Feststellung von Tatsachen. Die Sprache der Akten, der amtlichen Niederschriften der Beteiligten und Schuldigen rief die Erschütterung hervor.

Damit die Wahrheit ins Volk dringe, hat nicht nur die linksstehende Presse ausführlich über das Referat Dittmanns berichtet, sondern das Referat selbst mit allen Aktenstücken ist als Broschüre veröffentlicht worden. Dagegen hat sich bei den Rechtsparteien und in der Rechtspresse ein gemachter Entrüstungsturm erhoben. Sieben rechtsstehende Mitglieder des Untersuchungsausschusses, sieben von achtundzwanzig, haben den Reichstagspräsidenten ersucht, die Broschüre beschlagnahmen (1) zu lassen, da sie eine „Irreführung der Öffentlichkeit“ sei. Auf dem Titelblatt ist nämlich vermerkt, daß Dittmann Zusammenhänge und Aktienmaterial im Auftrag des Untersuchungsausschusses dargestellt habe. Nun diskutiert die ganze Rechtspresse um die Frage: durfte die Broschüre veröffentlicht werden? Durfte sie mit dieser Feststellung auf dem Titel veröffentlicht werden? Was wird der Untersuchungsausschuss dazu sagen? Die Hugenberg-Presse meldet schon — natürlich falsch — der Reichstagspräsident habe die Verbreitung der Broschüre inhibiert, und die „Tägliche Rundschau“ markiert moralische Entrüstung über die „Schamlosigkeit“ der Veröffentlichung der Dittmannschen Broschüre.

Ist denn die Wahrheit so peinlich? Sind wir denn noch in den herrlichen Zeiten der Diktatur Nicolais gegen die Wahrheit, in denen kurzerhand jede Wahrheit über Gemeinheiten des kaiserlichen Regimes verboten wurde? Die Herren, die so beschlagnahmen- und verbotslüstern sind, können ihre Diktaturgelüste gegen die Wahrheit heute nachmittags im Untersuchungsausschuss vortragen, der sich mit der Frage dieser Veröffentlichung befaßt wird. Daß ein Recht Dittmanns besteht, sein im Auftrag des Untersuchungsausschusses vor dem Ausschuss, den Abgeordneten, der Presse gehaltenes Referat zu publizieren, so ist außer aller Frage, daß darüber kein Wort verloren zu werden braucht. Im übrigen mögen sie sich daran erinnern, daß sogar der Ausschussvorsitzende Philipp selbst nach der letzten großen Veröffentlichung des Ausschusses über die Ursachen des militärischen Zusammenbruches in einem privaten Verlag eine Broschüre hat erscheinen lassen, deren Titel sich wörtlich deckt mit der amtlichen Veröffentlichung und in deren Vorwort auf die Eigenschaft Philipps als Vorsitzender und auf die damit verbundene besonders große Sachkenntnis hingewiesen wird.

Die Wahrheit kommt ans Licht — trotz des Verbotsgebots der Rechtspresse und der Abgeordneten von der Rechten, trotz der schamlosen Haltung der Rechtspresse, deren Leser nichts von dem Aktienmaterial erfahren dürfen, das Genosse Dittmann vorgelesen hat. Nie ist ein Tatbestand frecher gefälscht worden, als es jetzt in der Rechtspresse geschieht. Dittmann hat amtliches Aktienmaterial vorgelesen, Selbstzeugnisse von Beteiligten — die Rechtspresse aber täuscht ihren Lesern vor, es handele sich um einen Streit Dittmann-Brüninghaus, Meinung gegen Meinung, Ansicht gegen Ansicht. Wenn man die Wahrheit schon nicht mehr verbieten kann wie in den Zeiten, da die Nicolai und Bauer, die Scheer und Trotha, die Capelle und Michalis die Wahrheit ans Kreuz schlugen, so kann man sie doch vielleicht — verbieten.

Aber es handelte sich beim Referat Dittmanns nicht um ein Plädoyer, wie es die Herren Brüninghaus und Canaris für die schuldigen Admirale und Kriegsräte, für das kaiserliche System bei der Marine gehalten haben, sondern um die Vorlegung eines amtlichen Aktienmaterials. Der Offenlegung dieses Materials, den Tatsachen, gilt die But der Rechtspresse — den Akten und den Tatsachen, die sie der Öffentlichkeit nicht mitzuteilen magt. Von diesem schuldigen, für sich selbst sprechenden, erschütterndem Material will sie ablenken. Daher die Hege gegen Dittmann, daher der Ablenkungsversuch auf die Frage, ob Dittmann sein Referat veröffentlichen durfte.

Dieses Aktienmaterial mußte dem Untersuchungsausschuss mitgeteilt werden, damit er sich ein Urteil bilden könne. Diese Aufgabe hat Dittmann erfüllt. Herr Brüninghaus freilich hat sich um die Akten, die Dittmann durchgearbeitet hat, nicht gekümmert. Sie standen zwei Monate lang zu seiner Verfügung. Er hat sie nicht eingesehen. Seine Sommerferien waren ihm lieber, wie er selbst erklärte. Wozu nach Wahrheit forschen? Er hat seine Aufgabe darin erblickt, ein Plädoyer für die Dolchstoßklüge zu halten. Wo ist das Material, das er den amtlichen Aktenstücken, die Dittmann mitgeteilt hat, entgegenhalten könnte. Er hat sich nicht darum bemüht. Und dann läßt die „Tägliche Rundschau“, es wäre Herrn Brüninghaus nicht möglich gewesen, einen Blick in die von Dittmann bemittelten Akten zu werfen!

Wie Herr Brüninghaus, hat der Vertreter des Reichswehrministeriums, Herr Canaris, sich um die Urkunden nicht gekümmert. Er hat — angeblich im Auftrag des Reichswehrministeriums — ein Plädoyer für die Dolchstoß-

Ueberfall auf Hörsting.

Völkische Horden greifen das Reichsbanner an.

Ersturt, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag sand in Gotha in einem der größten Säle eine Kundgebung des Reichsbanners statt, die überfüllt war. Als sich Genosse Hörsting, der die Rede gehalten hatte, nach der Veranstaltung in Begleitung einiger Reichsbannerleute nach seinem Hotel begab, wurden sie aus dem dunkeln Hinterhalt von einer völkischen Horde angefallen. Von den Reichsbannerleuten wurden einige erheblich verletzt, so daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußten. Genossen Hörsting gelang es, sein Hotel zu erreichen. Auch an anderen Stellen provozierten Völkische blutige Zusammenstöße mit Reichsbannerleuten.

Ueber den Vorfall wird uns aus Gotha geschrieben:

Seit ein deutsches republikanisches Gerücht es fertig brachte, die Wälder der zwölf Verächter Arbeiter freizusprechen, wittern auch ihregleichen in Gotha Morgenluft. Schon in der Friedrichstraße wurden im Laufe des Tages die Teilnehmer des Tages in der gemeinsten Weise provoziert. Noch ärger wurde es an der Ecke Arnaldiplatz-Ersturter Straße, wo sich ungefähr 40 bis 50 dieser Gesellen angesammelt hatten. Die Bedrohungen erreichten in der Jüdenstraße und am Partpavillon ihren Höhepunkt. In der Jüdenstraße fielen Ausdrücke, wie: „Heute abend schlagen wir euch noch tot“ und „Tretet euch auf diese Nacht, da könnt ihr noch etwas erleben“. Am „Partpavillon“ erschollen anlässlich des Hochs auf die deutsche Republik Hül- und Nieder-Rufe und Beschimpfungen in der unfähigsten Weise. Nur der Ruhe der Reichsbannerkameraden ist es zu verdanken, daß diesen Gesellen nicht die nötige Abreibung zuteil wurde. Die Polizei, die den Zug begleitete, dachte nicht daran, gegen die Provokateure einzugreifen. Sie ließ sie ruhig gewähren. Wahrscheinlich hatten sie nur den Auftrag, auf „Ausfälle“ der Reichsbannerleute Obacht zu geben.

Was die völkischen Rabauken prophezeiten, machten sie nach Einbruch der Dunkelheit zur Wirklichkeit. Besonders hatten sie es auf unteren Kameraden Hörsting abgesehen. Als dieser in Begleitung von acht Kameraden sein Hotel auffuchen wollte, wurden sie in den Parkanlagen aus dem Hinterhalt überfallen. Drei Kameraden aus Eisenach wurden dabei

so schwer verletzt, daß sie sich in Behandlung begeben mußten. Dem Kameraden Hörsting gelang es glücklich, sein Hotel zu erreichen.

lüge gehalten, er hat die Lügen des Herrn von Capelle wiederholt. Abgeordnete von rechts, Rechtspreffe, Militärs des alten Systems im Bunde gegen die Wahrheit! Der Herr Korvettenkapitän hat dabei unbedenklich, wie Herr Geßler dem demokratischen Parteienanschluß mitteilte, seinen Auftrag überschritten. Er wird nicht mehr in den Untersuchungsausschuss zurückkehren, die Vertreter des Reichswehrministeriums werden darauf beschränkt werden, Auskunft zu erteilen und nicht Plädoyers für das System Michaelis-Capelle-Scheer-Trotha zu halten.

Bank vor der Wahrheit hat die Herrschaften ergriffen, die heute immer noch die Vertreter des laienlichen Systems denken und verteidigen wollen. Aber die Wahrheit kommt ans Licht! Die altentwundenen Tatsachen, die Dittmann mitgeteilt hat, lassen sich weder durch die Schamlosigkeit der Rechtspreffe, noch durch eine Diskussion über die Formulierung der Dittmannschen Broschüre vertuschen.

Während des Krieges konnten die Herrschaften das Recht verweigern, Unschuldige erschließen lassen und die Wahrheit knebeln. Heute stehen ihre eigenen altentwundenen Zeugnisse gegen sie auf, und das System der Lüge zerbricht, wenn die Wahrheit ins Volk dringt.

Sie wird ins Volk dringen!

Die Bank der Männer des alten Systems vor der Wahrheit beweist nur, was sie davon fürchten.

Erklärung des Reichswehrministers.

Der Reichswehrminister hat an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses des Reichstags, den Abgeordneten Dr. Philipp, folgendes Schreiben gerichtet:

In Uebereinstimmung mit dem Chef der Marineleitung habe ich den Kommissaren des Reichswehrministeriums die Weisung erteilt, sich jeglicher Parteilichkeit bei Abgabe ihrer Erklärungen zu enthalten, wie dies in jahrelanger reibungsloser Zusammenarbeit mit dem Ausschuss auch bisher gewesen ist. Die Aufgabe des Reichswehrministeriums und der von ihm entsandten Kommissare kann nur sein, den Ausschuss bei Sichtung und Benutzung des ungeheuer umfangreichen Materials zu unterstützen, damit der Ausschuss der ihm gestellten Aufgabe, zu einem objektiven Gutachten zu gelangen, gerecht werden kann.

Ich habe mich in völliger Uebereinstimmung mit dem Ausschuss geäußert. Bevor ich weiter Kommissare zu den Verhandlungen abordnen kann, scheint es mir erforderlich, die Grenzen ihrer Mitwirkung erneut klar abzufestigen. Soweit darüber hinaus eine Stellungnahme des Reichswehrministeriums erforderlich werden sollte, muß ich mir diese selbst vorbehalten. Soweit gutachtliche Äußerungen oder Zeugenerklärungen von aktiven oder verabschiedeten Angehörigen der Reichswehr verlangt werden, muß ich darüber einen förmlichen Beschluß des Ausschusses zur Klarstellung der Verantwortung erbitten.

Ein Zeugnis aus der Flotte.

In der „Roten Fahne“ veröffentlicht ein ehemaliger Oberheizer auf „Molte“, A. Rebe, folgende Darstellung:

Die U.S.P. war weit davon entfernt, auf die Soldaten im allgemeinen und auf die Marine im besonderen revolutionär einzumwirken, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln, die proletarische Revolution zu organisieren, die Waffen gegen die herrschende Klasse zu richten, um diese niedergutämpfen und die Herrschaft des Proletariats aufzurichten, wie es Lenin lehrte, und wonach das russische Proletariat im Oktober 1917 handelte. Was sich auf den Schiffen der deutschen Flotte im Juli 1917 ereignete, war nicht einmal ein schwacher Anlauf dazu. Es gab damals in Deutschland nur wenige, die Lenins Lehren kannten, es gab keine Bolschewiki, auch nicht bei der Marine. Es gab bei der Marine auch keine „Spartakus“-Anhänger. Ich glaube sagen zu können, daß auf nicht einem Schiff die Spartakus-Briefe bekannt waren. Der Wille zur Revolution, das Bewußtsein der Daraußarbeiten, war nicht vorhanden. Und die Schuld der halben U.S.P.-Führer was es ja gerade, daß sie den Frieden als Ziel aufstellten, was aber nicht den revolutionären Weg dazu zeigten. Es gab bei der Marine nur Anhänger, teils frühere Mitglieder der Sozialdemokratie. Auch ich

gehörte zu ihnen. Wir konnten das Erfurter Programm, besonders interessierte uns der Abjahn über die Stellung zum Krieg. Was darüber im Erfurter Programm stand, entsprach unserer Auffassung. Mehr nicht. Wir sahen, daß die Sozialdemokraten nicht nach ihrem Programm handelten, sondern den Militaristen die Kriegskredite bewilligten. Das verstanden wir nicht. Viele von uns sehnten sich nach Beendigung des Krieges. Blieb uns doch das Elend, die Not, durch den Krieg verursacht, nicht unbekannt. Wir spürten es ja am eigenen Leibe. Die Verpflegung war hundsmiserabel für die Mannschaften, die Offiziere schmelzten, sie lebten gut. Sie hatten gut reden vom Durchhalten. Wir aber wollten den Frieden. Als dann die 19 unabhängigen Sozialdemokraten sich gegen weitere Bewilligung von Kriegskrediten erklärten, wurden unsere Hoffnungen auf baldigen Friedensschluß lebendig. Unsere Sympathien wandten sich ihnen zu. Ueberhaupt gehörte unsere Sympathie allen, die gegen die Fortführung des Krieges waren. Die Forderung eines „Friedens ohne Annexionen und Kontributionen“, wie sie die U.S.P. aufgestellt hatte, fand unseren Beifall. Für die Stockholmer Konferenz zeigten wir ein großes Interesse. Um unsere Friedenssehnsucht zu dokumentieren, sammelten wir Unterschriften. Aus eigenem Antrieb, nicht aufgefordert durch die U.S.P.

Das war damals unsere politische Tätigkeit. Kein Mensch bei uns dachte an bewaffneten Aufruhr. Sonst kümmerten wir uns nur um Bordangelegenheiten, wie Verpflegung und Dienst. Im veritärten Maße taten wir das, als wir auf Anweisung des Kommandos März 1917 eine sogenannte Beschwerdekommision bildeten. In dieser Tätigkeit erblickten die kriegsbegeisterten, weil guternährten Offiziere ein Verbrechen.

Politische Gismischer.

Jungdeutsche und deutsche Nationalbolschewisten.

Seit durch das Verfahren gegen den „Hochmeister“ des „Jungdeutschen Ordens“, Wabraun, diese Organisation etwas näher in das Licht der Öffentlichkeit gerückt wurde, kommt auf Umwegen auch einiges über die wahren Absichten der „Vaterländischen Verbände“ an den Tag. In der Abwehr gegen Angriffe, die gegen ihn erhoben werden, macht Wabraun in seinem Berliner Blatte jetzt auf die Urheber dieser Angriffe und ihre wahren Ziele aufmerksam.

Als einen der Haupttreiber bezeichnet er den satfam bekannten Bacmeister, Herausgeber der „Bergisch-Märkischen Zeitung“, der seinerzeit auch das Lügenbureau Kluge-Knoll finanzierte, um es zu einem schamlosen Feldzug mit Hilfe gestohlener Briefe gegen die Sozialdemokratie zu benutzen. Von diesem Bacmeister und seinen Gehilfen erzählt Wabraun folgende interessanten Einzelheiten:

Bacmeister, eine in den Kreisen der Diktaturhänger bekannte Persönlichkeit, gehört zu den geistigen Führern des „Albdeutschen Verbandes“. Mit hämischen Bemerkungen verzerrt brachte die „D. M. Z.“ jede für den Jungdeutschen Orden ungünstig lautende Meldung, deren sie habhaft werden konnte.

Ihr Außenpolitiker, ein Dr. Oldag, erschien vor einiger Zeit unter gleichzeitiger Ankündigung des Blattes an seine Leser bei der Ordensfeier und bot unter Abgabe einer Besuchskarte, die seinen offiziellen Titel bei der betreffenden Zeitung enthielt, den Hochmeister Wabraun um ein Interview über außenpolitische Fragen.

Der Hochmeister erklärte sich einverstanden, falls Frage und Antwort sofort stenographisch festgelegt und die Denkschrift ausgetauscht würde. Die Angaben des Hochmeisters schienen aber doch zu sehr geeignet zu sein, die Bedenken der Leser der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ gegen die außenpolitischen Ansichten Wabrauns zu zerstreuen.

Der mit großem Pomp angekündigte Interviewer veröffentlichte sein Interview nicht, veröffentlichte aber weiterhin ungünstige Mitteilungen über den Jungdeutschen Orden...

Bei weiterer Unterhaltung stellte sich heraus, daß Herr Dr. Oldag nur in dem Phrosenschatz der „Bolschewistischen Propaganda für das nationale Deutschland“ redete. Nachdem der Hochmeister dies zur Genüge festgestellt hatte, sagte er ihm ganz offen: „Herr Doktor, Sie sind Bolschewist!“ Böllig aus der

Fassung gebracht, sprang dieser Außenpolitiker der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ auf und offenbarte sein wahres außenpolitisches Inneres. Er bekannte mit leidenschaftlichem Enthusiasmus: Lenin ist der größte Staatsmann der Weltgeschichte und Russland ist der Hort der Freiheit. Wie haben jetzt nur eine einzige schwere Aufgabe, nämlich die nationale Bewegung aus ihrer einseitigen antibolschewistischen Haltung zu einer probolschewistischen umzuwandeln.

Aus diesem Geständnis des außenpolitischen Mitarbeiters der Bacmeister und Co. geht also ganz eindeutig hervor, daß die „Vaterländischen“ ihre Politik darauf abstellen, gemeinsame Sache mit den Bolschewisten zu machen, wozu natürlich auch gehört, daß man die deutschen Bolschewisten in das „vaterländische“ Herz schießt.

Um die Spuren zu verwischen, läßt Bacmeister das Märchen verbreiten, die Aktion gegen den Jungdeutschen Orden habe Severing und zwar nur zu dem Zwecke eingeleitet, um die „Vaterländischen“ Verbände zu sprengen. Severing wisse, daß dabei nichts herauskomme und er wolle auf diese Weise die Zeitung des Jungdeutschen Ordens auf jeden Fall im Amt erhalten.

Diese Behauptungen stehen ganz auf der Höhe der sonstigen völkischen Angriffe gegen Severing, d. h. sie sind von Anfang bis zu Ende erlogen. Wichtig aber ist, zu wissen, daß die ganze Tätigkeit der „Albdeutschen“ und der „Vaterländischen“ darauf hinausgeht, aus einer antibolschewistischen eine probolschewistische Liga zu schaffen und so mit Hilfe einer deutschen nationalbolschewistischen Diktatur ein Kriegsbündnis mit Sowjet-Russland herzustellen.

Hilfe für die Grenzmark-Siedler.

Gemeinwirtschaftliche Sanierung der Hugenberg-Bank

Durch den Zusammenbruch der unter Leitung des Zeitungskönigs Hugenberg stehenden Landbank ist bekanntlich eine große Zahl deutscher Siedler der Grenzmark in ihrer Existenz bedroht. Es scheint nun, daß man endlich einen Ausweg gefunden hat, der es ermöglicht, die Landbank als gemeinwirtschaftliche Siedlungsbank zu reorganisieren. So wird gemeldet:

Der Provinziallandtag der Provinz Grenzmark (Posen-Westpreußen) hat, entsprechend dem Beschluß des Provinzialausschusses, mit sämtlichen Stimmen, ohne Ausnahme der Parteien beschlossen, sich als Aktionär maßgeblich an der Landbank zu beteiligen, wenn der Staat den für die Sanierung und Weiterarbeit erforderlichen Kredit zu tragbaren Bedingungen zur Verfügung stellt. Des Weiteren hat der Provinziallandtag die Staatsregierung gebeten, diesen Kredit zu bewilligen. Mit dem Eintritt des Provinzialverbandes Grenzmark als des nächstbeteiligten Provinzialverbandes würde die Aktienmehrheit in die öffentliche Hand übergehen. Die Gruppe der Ostdeutschen Privatbank, die unter Leitung des Geheimrat Hugenberg steht, hat sich bereit erklärt, im Interesse der vorstehenden Lösungsmöglichkeiten aus der Landbank auszuschiden.

Wie uns dazu von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, trifft dies Meldung zu. Die Provinz Grenzmark soll das Hugenbergische Aktienpaket für 23 000 M. übernehmen, so daß die Provinz zusammen mit dem preussischen Staat die Mehrheit der Landbankaktien hat. Das eröffnet die Möglichkeit einer Reorganisation des Unternehmens auf gemeinwirtschaftlicher Basis, durch die viele Siedler, meist Optanten und Flüchtlinge, vom wirtschaftlichen Ruin bewahrt bleiben werden. Allerdings ist dazu noch ein Anlurbelungskredit notwendig. Man kann hoffen, daß der preussische Staat dazu seine Hilfe nicht verweigern wird, da ein wirtschaftlicher Zusammenbruch der Siedler nicht nur den öffentlichen Organen wesentlich höhere Kosten bereiten würde, als die geplante Reorganisation der Bank und da das öffentliche Interesse an der Sache von allen Parteien des Provinziallandtages gleichmäßig vertreten wird.

Die Zarenkrone.

Von Hans Bauer.

Jenes runde, schildlose Köppi, dessen wir uns von der Rekrutenzeit her erinnern, war ein Bestandteil jenes wohlbedachten preussischen Erziehungssystems, das seine Aufgabe darin erblickte, es den Untertanen und Untergebenden recht deutlich vor Augen zu führen, daß sie eigentlich gar keine richtigen Menschen, sondern nur Objekte der Befehlsgewalt seien. Das Köppi auf dem Kopfe erniedrigte. Mehr als dies: Es machte nicht nur vor den anderen lächerlich, es tätele auch bei dem Träger selber das Selbstbewußtsein. Kein Bauernjunge sah zu dämlich aus und kein Gelehrtenkopf war fein genug, als daß das Verhältnis der beiden zueinander sich nicht völlig gewandelt hätte, wenn nur der Bauernjunge in eine Offiziersuniform gekleidet und der Gelehrte in einen Drillschmuck geworfen und mit einem Köppi bedeckt wurde.

Die Kopfbedeckung macht! Denn, wie die Persönlichkeit durch das Köppi zur Null degradiert werden konnte, so konnte eine beliebige Null durch die Kopfbedeckung zur Persönlichkeit erhoben werden. In harmlosen Fällen genügte schon ein Zylinderhut, um diese Verwandlung vorzunehmen. In schwierigen Fällen aber bedurfte es einer weiteren Steigerung: da war eine Krone nötig.

Das kostbarste dieser Requisiten einer versinkenden Zeit, die bereit war, Ungehörlichkeiten für Charakteristika von inneren Fähigkeiten zu nehmen, war die russische Zarenkrone. 400 Jahre war sie das Symbol ungeheurer Macht. Aber die Macht zerbrach, und das Symbol wanderte nach New York, wo es in diesen Tagen in öffentlicher Auktion versteigert werden soll.

2800 Karat prima Diamanten! Wer bietet? Das Blut von Tausenden, das an ihnen klebt, der Haß von Millionen, der sie unwiderrücklich hat, das alles gibts umsonst dazu. Wer kriegt den Zuschlag?

Ein amerikanischer Milliardär wird ihn bekommen. Aber Milliardäre sind zu unromantisch, als daß sie in der bombastischen Aufmachung des Kopfes nicht eine Lächerlichkeit empfinden und vielmehr in dem Bestand ihres Effektenontos und ihres Bankguthabens das wahre Kriterium modernen Machtbesitzes erblickten. So wird die Zarenkrone ins Museum wandern. Es läßt sich nichts Rechtfertigendes mit ihr anfangen. Wie der ganze Monarchismus ist sie nur ein kostbarer Blunder, gerade gut genug, um begafft zu werden. Aus dem Insignium der Kaiserherrlichkeit wird ein Schaustück werden, ein besseres Feuerwerk, eine feierliche Unmöglichkeit. Die Romanows unter dem Hammer! Welch ein Fortschritt, daß sie nicht selber mehr den Hammer spielen können, der die Untertanen zerquetscht!

Mafinez für Herbert Eulenberg. „Die Komödie“ feiert Eulenbergs 50. Geburtstag. Sie läßt Einleitendes sprechen, das fast auch den Gutwilligen verreiben konnte durch die pathetischen Banalitäten, wie die „zweite Mondbälfte des Lebens“, das „Schweben der Romantiker“ und „das geräusch- und geruchlose Verdrüben ihrer Gestalten“. Erst der zweite Teil, der Vortrag Eulenbergischer Lyrik, Epik und Dramatik vermittelt und das Erlebnis seiner Dichtungen, die wir für uns laien und esen müssen — „Belinde“, „Rächiger als der Tod“ — weil man sie, wie vieles Wertvolle, nicht auführt. — Gertrud Eysoldt sprach aus den „Deutschen Sonetten“ mit der Reifezeit, die wir immer an ihr bewundern, die uns aber noch stärker packt als in dieser — ich möchte sagen — „Leisen“ Lyrik, in den Anrufen, Aufrufen, den Wahnrufen der ihr zu tiefst verwandten Kameraden der Menschheit. — Epik lasen Willi Schaeffers, der Conferencier, der Schauspielerektor Berthold Held und Karl Gillingen, während Paul Bildt Szenen aus „Belinde“ so prächtig, in Stimme und Gebärde, vortrug, daß der lebhafteste Beifall ihn immer wieder „zugeben“ ließ, so daß schließlich aus der Morgensfeier eine Nachmittagsvorstellung wurde. Gewe.

Ein wichtiger Fund aus der Goethezeit. Karoline Jagemann, die geniale Schauspielerin und Sängerin, die mit der Geschichte der Kassischen Weimarer Theaterzeit für immer verknüpft ist, hat als einflußreiche Geliebte des Herzogs Karl August, der sie zur Frau von Heyndorf erhob, noch eine besondere Rolle in der Goethezeit und im Leben Goethes gespielt. Ihre Memoiren galtten bisher für verloren; sie sind aber nun durch den Darmstädter Prof. Eduard von Bamberg im Besitz eines Urenkels der Künstlerin aufgefunden worden. Die Papiere waren als Familienheiligum bewahrt und vor der Einsichtnahme Dritter streng geschützt worden. So aber der Wunsch der Verfasserin dahin ging, mit ihrer für die Deffenlichkeit bestimmten Schritt den unwahren Nachrichten über ihr Verhältnis zum Herzog Karl August und zu Goethe entgegenzutreten, hatten hervorragende Persönlichkeiten bereits während der Entstehung von einzelnen Kapiteln Kenntnis genommen. Der jetzige Eigentümer der Papiere hat sich daher entschlossen, den ganzen handschriftlichen Nachlaß seiner Urgroßmutter, in dem sich auch unübersehbare Briefe und Zeichnungen von Goethe, Herder, Wieland, Jffland, E. T. A. Hoffmann, Deorient a. a. befinden, der Forschung zugänglich zu machen. Die Memoiren, die eine überaus wichtige Quelle der deutschen Literatur-, Kultur- und Theatergeschichte bilden, werden nun, ergänzt durch die noch völlig unbekannt Handschriftensätze, von Prof. von Bamberg im Sibyllen-Verlag zu Dresden herausgegeben.

Goldbergbau in Ostibirien. Das Geologische Institut in Wladivostok hat die Nachricht erhalten, daß in Kamtschatka etwa 100 Kilometer oberhalb des Flusses Belaja reiche Goldvorkommen festgestellt worden sind. Auch sind Anzeichen beobachtet worden, die für das Vorhandensein eines Platinlagers sprechen. 7 Kilometer von Tscheljabinsk zwischen dem Fluß Miß und dem See Arzentowal sind neuerdings in einer Ausdehnung von 5 bis 6 Kilometer mehr als 30 mächtige Goldadern in einer Länge von 60 bis 300 Meter festgestellt worden. Der von einer Reise nach dem Albangebiet zurückgekehrte Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Jansen-sowjetrepublik teilte mit, daß das Produktionsprogramm des Trufs „Albanalot“ auf 400 Tsd. festgelegt ist.

Weltpropaganda gegen Darwin. Die Gegner der Darwinschen Lehre, die sich offenbar im Wissenstand noch nicht genug blamiert haben, leiten nunmehr unter der Führung eines ehemaligen Hauptlings des Ku-Klux-Klans eine umfassende Agitation ein, die in der ganzen Welt gegen die Verbreitung der „latrigenen“ Lehren Darwins ankämpfen soll. Im kommenden August wird die zu diesem Zweck gegründete Gesellschaft Geschäftsstellen in Kanada, Australien, England und in sämtlichen Städten der Vereinigten Staaten eröffnen. In Atlanta, dem Sitz der neuen Organisation, soll mit einem Kostenaufwand von 500 000 Dollars ein großes Gebäude errichtet werden, das als Hauptquartier der Fundamentalisten gedacht ist und das mit einer großen drahtlosen Station ausgestattet werden soll, um den Kampf gegen den Entwicklungsgedanken in die entlegensten Gegenden der Erde zu tragen.

Grab 7000 X. Jetzt kommt abermals aus dem scheinbar unererschöpflichen Ägypten die Kunde von der Entdeckung eines Königsgrabes. Dieses „Haus der Ewigkeit“ — wie es die Ägypter nannten — soll beispiellose Schätze bergen und ungeahnte Reichtümer einer Zeit geben, die fast 6000 Jahre zurückliegt. Es steht bereits jetzt fest, daß — selbst wenn sich dieses Grab, das die Forscher vorläufig mit dem Signum „7000 X“ bezeichnen, nicht als das des Königs Seneferu bestätigen sollte — es sich doch um das bisher ungeplünderte Grab eines der mächtigsten Pharaonen handelt. Die Entdeckung ist das Werk des Führers der Harvard-Boston-Expedition Dr. Reisner, der schon seit nahezu 20 Jahren im Gebiete der Pyramiden von Gizeh arbeitet. Die Kammer selbst wurde bisher nur durch eine kleine Öffnung mit Hilfe eines Spiegelsystems oberflächlich untersucht. Man weiß, daß in ihr ein Sarkophag aus Alabaster unter einem großen goldenen Baldachin steht. Der Boden ist mit vielfältigen Geräten, Möbeln und Kunstgegenständen bedeckt. Man hat jedoch vorläufig die Kammer wieder vermauert, um die Rückkehr Dr. Reisners aus Boston abzumarten.

Theater für Erwerbslose. Im Düsseldorfer Stadttheater wurde zweimal Kleaus „Maddin mit der Wunderlampe“ ausschließlich für Erwerbslose gespielt. Diesen in ihrer traurigen Lage auch geistige Nahrung zu bieten, erscheint als eine Forderung der Stunde. Das Düsseldorfer Beispiel ist auch noch in dem Punkte vorbildlich, daß die Mitwirkenden auf eine besondere Honorierung für diese Sonderaufführungen freiwillig verzichteten!

Eine Götter-Gedächtnisfeier fand Sonntag im Reichstage aus Anlaß seines 150. Geburtstages statt.

Die Corinthische Ausgrabung der Berliner Expedition wurde Sonnabend eröffnet. Eine Gedächtnisfeier für den Meister ging voraus. Die Ausgrabung umfaßt etwa 500 Häuser der Corinthischen Hauptinschriften von den ersten Versuchen seiner Anabereise bis zu seiner letzten Epode.

Vortrag im Museum für Meereskunde. Dienstag, den 26. abends 8 Uhr, Dr. W. Grauwahl, Kiel: Mit Elt und Polstboot, Fischerfahrt durch Spitzbergen's Polarmeer. Karten sind täglich und am Vortragabend im Museum für Meereskunde, Georgenstr. 34/36, zu erhalten.

Erwerb des literarischen Nachlasses Dehmels. Der Hamburger Bürgerschaft ging ein Antrag des Senats zu, in dem 40 000 M. zum Ankauf des literarischen Nachlasses des Dichters Richard Dehmel angefordert werden.

Im Wissenschaftlichen Verein sprach Rüttinger, 8 Uhr, Georgenstr. 34/36, Prof. Dr. D. Herzog über „Neue Fortschritte in der Erkenntnis der Fächerstoffe“.

Konflikt in Ostasien.

Ultimatum der Sowjet-Union an Tschangsolin.

Konflikt hat der Kampf der chinesischen Generale und ihrer Armeen von Landsknechten keine internationalen Bewältigungen zur Folge gehabt. Die militärischen Erfolge Tschangsolins, des Gewalthabers der Wandschürei, aber haben nun eine scharfe Spannung in Ostasien heraufgeführt.

Das Kampfobjekt ist die Herrschaft über die chinesische Ostbahn, die verträglich von der Sowjetunion betrieben wird, während der japanische Imperialismus sich ihrer bemächtigen möchte.

Nach den bestehenden Verträgen sind die Militärtransporte, die die chinesische Ostbahn ausführt, zu bezahlen. Tschangsolin übt seit langem die Praxis, seine Truppen widerrechtlich unentgeltlich befördern zu lassen. Seine Schulden bei der Bahn betragen zuletzt über 14 Millionen Dollar. Er war von der Bahnverwaltung nicht dazu zu bringen, seine Zahlungsverpflichtungen anzuerkennen. Als die Direktion der Bahn die Militärtransporte unterbinden wollte, machte Tschangsolin, nach der Darstellung der Sowjetregierung, „der Direktion die Ausführung ihrer Funktionen unmöglich“. Das Militär Tschangsolins zwang die Bahnbeamten sich schriftlich zu verpflichten, die Befehle des Militärkommandos und nicht die der Bahnverwaltung auszuführen. Wer sich weigerte, wurde verhaftet, Züge wurden von militärischen Kommandos eigenmächtig befördert, der Eisenbahntelegograph besetzt, die Gewerkschaftsverbände der Eisenbahnbeamten verboten und ihre Räume verriegelt. Schließlich ließ Tschangsolin den russischen Direktor der Ostchinesischen Bahn Swanow und drei seiner höheren Beamten verhaften.

Darüberhin hat Tschangsolin, durch den Sowjetbotschafter Karachan in Peking, an den Chef der chinesischen Exekutive und durch den Sowjetkonsul in Mukden an Tschangsolin ein Ultimatum geschickt: „Die Sowjetunion erwartet von der chinesischen Regierung innerhalb dreier Tage, daß sie alle notwendigen Maßnahmen zur friedlichen Lösung der Streitfragen ergreift... sie fordert die volle Wiederherstellung der Ordnung und die Freilassung Swanows innerhalb von drei Tagen... Falls die chinesische Regierung aus irgendwelchen Gründen nicht in der Lage sein sollte, eine friedliche Lösung der Streitfragen in der erwähnten Frist gewährleisten zu können, ersucht die Sowjetregierung die chinesische Regierung, der Sowjetunion zu erlauben, mit eigenen Kräften die Verwirklichung des Vertrages über die Ostchinesische Bahn zu sichern und die beiderseitigen Interessen an dieser Bahn zu schützen.“

Dieses Ultimatum richtet sich an China und an Tschangsolin; es ist mit keinem Worte darin die Rede davon, daß die Sowjetunion hinter dem Vorgehen Tschangsolins eine andere Macht vermutet. Auch die offizielle Sowjetpresse ist bemerkenswert vorsichtig mit Hinweisen darauf, daß man Japan als Treiber hinter Tschangsolin zu suchen habe. So spricht z. B. die „Swestija“ nur von „der Unselbständigkeit Tschangsolins, der durch irgendeine an Vermittlungen in Ostasien interessierte Macht gelenkt wird“. Und eine offizielle Darstellung der Sowjettelegraphenagentur über die Vorgeschichte des Ostbahnkonflikts deutet ebenfalls nur vorsichtig an, daß „der japanische Konsul auf jede Weise versuche, das Konsultorps in Chargin, zu einem Eingreifen in den Konflikt zu veranlassen“.

Sucht so die Sowjetunion den offenen Konflikt mit Japan offensichtlich zu vermeiden, so tut auch Japan so, als ob hinter dem russischen Konflikt mit Tschangsolin nicht der Gegensatz mit der Sowjetunion über die Beherrschung der Wandschürei stünde. Der japanische Außenminister hielt am Sonnabend im Parlament zu Tokio eine Rede, in der er einen Rückblick auf die Unruhen in China gab und u. a. ausführte: „Obwohl wir nicht daran zweifeln, daß Tschangsolin wie General Kuo bei ihren militärischen Operationen die Rechte Japans voll achten würden, mußten wir doch befürchten, daß die Kriegführenden gegen ihren Willen nach der Eisenbahnzone zu drängen würden. Daher hat sich die Regierung Mitte Dezember entschlossen, die japanischen Truppen in der Wandschürei auf die normale Stärke zu erhöhen; nach der Wiederherstellung des Friedens, hat sie sie wieder zurückgerufen... Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß Japan in der Wandschürei und in der Mongolei wesentliche Rechte und Interessen besitzt. Um diese zu schützen, waren wir gezwungen, die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. Obwohl die Wiederherstellung der Ruhe sowohl im Interesse der dort lebenden japanischen Staatsangehörigen als des chinesischen Volkes zu wünschen ist, ist China hierfür allein verantwortlich. Würde Japan ohne triftigen Grund die Verantwortung für die Herbeiführung friedlicher Zustände übernehmen, so würde dies im Widerspruch zu den grundlegenden Begriffen über die internationalen Beziehungen stehen. An einer solchen Aktion können wir keinesfalls teilnehmen. (...) Unsere Beziehungen zur Sowjetunion sind erfreulicherweise auch weiterhin noch in ständiger Entwicklung begriffen. Der erfolgreiche Abschluß der Verträge über die Del- und Kohlenkontrollen in Nordschan sind ein Beweis dafür, daß die Gefühle guter Nachbarschaft beide Völker in gleicher Weise befeelen. Gerüchte, die der Sowjetunion gewisse Angriffsabsichten in der nördlichen Wandschürei vormerken, sind nach meinen Informationen nicht glaubhaft. Seit der offiziellen Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Japan seit einem Jahre, haben wir mit der Sowjetregierung in ständiger inniger Verbindung gestanden und von Zeit zu Zeit alle Fragen im offenen Meinungsaustausch besprochen.“

So dämpfen die beiden Hauptträger der ostasiatischen Politik, die Sowjetunion und Japan, ihre Sprache. Aber die Schwäche Chinas, des Objektes ihrer Politik, macht den Zusammenstoß der Sowjetunion mit Tschangsolin zu einer ernststen Gefahr. Noch ist nicht abzusehen, ob Tschangsolin zurückweicht und das gefährdete Prestige der Sowjetunion wiederherstellt. Es ist schwer zu beurteilen, wie weit Japan Tschangsolin in der Hand hat. Spielt sich der Konflikt um die Militärtransporte der Ostbahn schärfer zu, so droht ein Zusammenprall des japanischen und des Sowjetrussischen Imperialismus.

Freilassung Swanoffs?

Peking, 25. Januar. (Reuter.) Der russische Generalkonsul in Chargin hat an den Sowjetbotschafter Karachan ein Telegramm geschickt, in welchem er ihm mitteilt, daß Tschangsolin gestern Abend die Freilassung Swanoffs und aller anderen Sowjetbeamten und Arbeiter, die in Chargin verhaftet worden waren, angeordnet habe.

Andere amtliche Telegramme erwähnen die Freilassung Swanoffs nicht, sondern heben hervor, daß der russische Sekretär der Ostchinesischen Bahn erklärt habe, wenn China das Ultimatum nicht erfülle, so würden die roten Truppen vorrücken und die Leitung der Bahn übernehmen.

Arbeiterjugend und Theaterkunst.

Im Arbeiterjugendheim in der Lindenstraße sprach am Sonntag Abend der Dramaturg der Volkstheater, Genosse Dr. Restriepke, über das Thema: „Arbeiterjugend und Theater“. Er zeichnete das Verhältnis der Jugend zur Problematik des Theaters, das bei der Kunst im besten Sinne immer ein inneres als das der Erwachsenen gewesen sei. Insbesondere die Arbeiterjugend, die frühzeitig die Not des Alltags kennen lernte und weniger oberflächlich an die künstlerisch dargestellten Konflikte des Lebens herangeht, habe eine lebendigere Einstellung zum Theater. Restriepke knüpfte an die primitiven Stregreißspiele und die lustigen Darstellungen der Naturvölker an. Dieses unbewusste Komödiantentum sei von einem unerhörten Gemeinheitsdrang, einem Kollektivdrang getragen worden. Die moderne Bühne mit ihrer Ballung technischer Effekte erziele ihre Wirkung nicht aus dem Volk heraus, sondern wirke von außen auf es ein. Wenn auch auf dieser Bühne starke Wirkungen erzielt werden können, so hat sie doch an unmittelbarer Beeinflussung sehr stark verloren. Ihre Erschütterungen sind sehr selten geworden. Das Theater von heute ist zum Geschäftstheater geworden. Wirtschaftlich wie ideell herrschen anarchische Prinzipien. Das System der Warenherzeugung, das unsere Theater pflegen, führt zur Verflachung der Amüsierinstitute. Der Redner schilderte sodann die organisierte Gliederung der Volkstheater, die eine Kollektivgemeinschaft mit planwirtschaftlichem Aufbau sei. Wenn auch die ideale Homogenität der früheren Volkstheaterspielgemeinschaft durch die zahlenmäßige Entwicklung einem gewissen unvermeidbaren Schwächen gewichen sei, so zeigten sich hier doch neue Wege zu einer theatralischen Gemeinschaftskultur. Jedemfalls stünde die Volkstheater mit ihrem ernsthaften Spielbetrieb weit über dem Niveau der heute üblichen Theatermacheri. Restriepke behandelte sodann kurz die Verjüngung, das traditionelle Revue-theater zu überwinden, berührte die Laienspiele, die eine Nachahmung des Theaters mit unzulänglichen Mitteln seien, sowie den kommunistischen Proletkult, (Mitspielen des Publikums und vollständiges Fallenlassen des Berufschauspielers), den er für ein beachtliches, aber gefährliches Experiment hält. An sich lehnt der Sprecher das Laienspiel nicht ab, gibt ihm aber nur so weit Existenzberechtigung, als es neue Ideen und Wege aufweist.

Zum Unglück in der Kirchstraße 9.

Einer, der sich selbst bezieht.

Das Explosionsunglück in der Kirchstr. 9 hat bei dem 19jährigen Ruffler Ernst Hippe, der im Unglückshaus als Untermieter gewohnt hatte, eine Art von Verfolgungswahn erzeugt. Der junge Mann kam gestern in das Birkow-Krankenhaus, wo er angab, daß er durch seine Unachtsamkeit die Explosionskatastrophe verschuldet habe. Er gab weiter an, daß sich in dem Hause Kirchstr. 9 ein großes Munitionslager befunden habe, daß noch sehr große Munitionsbestände dort seien und daß er sich fürchte, dorthin zurückzukehren. Der junge Hipp verdient seinen Lebensunterhalt als Ruffler, und er behauptete, daß sein Kapellmeister ihn in das Krankenhaus geschickt habe, da er über heftige Kopfschmerzen klagte und seinen Beruf nur mangelhaft ausüben konnte. Die Ärzte untersuchten den H. auf seinen Geisteszustand und sind zu der Ansicht gekommen, daß er an Verfolgungswahn leide. Sie hoffen jedoch, daß sich der Zustand des Unglücklichen bessern werde, wenn einige Zeit vergangen sein wird und die Erinnerung an das Unglück verblasst ist. Ergänzend wird gemeldet, daß sich auch andere ebenfalls bei den Behörden mit der Selbstbeziehung, das Unglück verschuldet zu haben, gemeldet hatten. Auch bei ihnen konnte festgestellt werden, daß es sich um Wohnvorstellungen handelte.

Die Kinderpflegerinnenschule des Fröbelvereins.

Eine Schule für Kinderpflegerinnen war vom Berliner Fröbelverein schon vor mehr als sechs Jahrzehnten gegründet worden. Nach einem halben Jahrhundert erfolgreicher Wirkens wurde diese Lehrstätte durch die Not der Kriegsjahre und durch die als Hinterlassenschaft des Krieges über uns hereingebrochene Geldentwertung in schwere Bedrängnis gebracht, und in der schlimmsten Zeit von 1923 mußte sie ihre Arbeit völlig einstellen. Nachdem sie dann im Frühjahr 1924 wieder eröffnet worden war, erlangte sie ziemlich rasch wieder eine beträchtliche Zahl von Schülerinnen. Jetzt ist die Kinderpflegerinnenschule nach Riederichshausen hinausverlegt worden, und sie hat dort das Haus Lindenstr. 14 b bezogen, das sie mit dem Heim für Kriegswaisen der Stadt Berlin teilt. Die neuen Räume, die zweckmäßig und freundlich eingerichtet sind, wurden am Sonnabend mit einer kleinen Feier eröffnet. Unter den Gästen des Vereins waren Vertreter des Jugendamtes der Stadt Berlin, der Bezirksjugendämter von Pantow und anderen Bezirken, des Provinzialschulkollegiums, des Ministeriums für Handel und Gewerbe. Die Vereinsvorsitzende, Frau Wiener-Pappenheim, eine Tochter des Professors Pappenheim, der einst den Berliner Fröbelverein gegründet und Fröbels Erziehungsgrundsätze zu verbreiten sich bemüht hat, schilderte in ihrer Festrede die Entwicklung der Kinderpflegerinnenschule. Mehr als 2000 Mädchen sind durch diese Schule hindurchgegangen, die ihnen eine Ausbildung nicht nur in der Kinderpflege, sondern zugleich in der Hauswirtschaft gibt. Zu den Schülerinnen, deren Zahl sich bei Beginn des Schuljahres 1925/26 schon wieder auf 120 belief, gehören auch die in dem Hause wohnenden Kriegswaisen. Glückwünsche wurden von den Vertretern des Ministeriums, des Berliner Magistrats und des Bezirksamtes Pantow überbracht. Stadträtin Genossin Wegl, die als Beauftragte des Magistrats sprach, betonte den über alle Schwierigkeiten hinweg in die Zukunft blickenden Optimismus, der dieses Werk zustande gebracht hat. Auch die Kleinen aus den Kindergärten des Vereins waren durch „Deputationen“ vertreten, die glückwünschend Blumen und andere kleine Spenden brachten. Die Schülerinnen verköstigten die Feier durch Gesangsvorträge.

Polizeihilfe für Fortbildungsschulen.

In den Pflicht-Fortbildungsschulen hat die Erzwingung des Schulbesuches oft Anlaß zu Klagen gegeben. Daß bei den Zwangsmahrgängen sogar die Polizei zur Mitwirkung herangezogen werden kann, ist mit dem Wesen der Schule, auch der Fortbildungsschule, schwer in Einklang zu bringen. Wie dabei verfahren wird, zeigt folgende Anfrage, die in der Stadtverordnetenversammlung von der sozialdemokratischen Fraktion an den Magistrat gerichtet worden ist:

„An Berliner Fortbildungsschulen werden die Schülerinnen für Schulverweigerung mit Strafstunden Sonntag vormittags von 10 bis 1 Uhr bestraft. Wenn die Kinder zu diesen Stunden nicht erscheinen, werden sie durch die Polizei vorgeführt. Bei solcher Gelegenheit werden die Kinder häufig schon um 6 Uhr aus der Wohnung geholt und bis um 10 Uhr auf der Wache gehalten. Sind dem Magistrat diese unglaublichen Mißstände bekannt und gedenkt er für schnelle Abstellung zu sorgen?“

Der Magistrat hat sich schon zur Beantwortung dieser Anfrage bereit erklärt. Sie steht auf der Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung.

Eine Protestkundgebung des Handwerks.

Am Sonntag vormittag fand eine Protestkundgebung des Innungsausschusses der Vereinigten Innungen zu Berlin in dem überfüllten Saal der Handwerkskammer in der Teltower Straße statt. Der Redner, Abgeordneter Holzammer, wandte sich gegen das Gesetz des Preisabbaues und unterzog die einzelnen Paragraphen einer scharfen Kritik. Das Handwerk könne verlangen, auch in dieser Frage gleich behandelt zu werden. Neben der Aufhebung des Gesetzes wurde eine Herabsetzung der für das Handwerk unerträglichen Steuern gefordert. An die Regierung wurden verschiedene Forderungen gerichtet, die sich

auf Vereinfachung der ausgebliebenen Wirtschaft- und Steuererhebung in Reich, Ländern und Kommunen, sparsame Verwaltung, Anpöpfung der sozialen Kosten an die Notlage der Wirtschaft, Ermäßigung der Eisenbahn- und Posttarife sowie eine wirtschaftsfördernde Kreditpolitik und Befreiung aller wirtschaft- und produktionshemmenden Maßnahmen, besonders auf dem Gebiete des Wohnungsbaues bezogen. In einer Entschließung wurden den zuständigen Stellen die in dem Referat dargelegten Forderungen unterbreitet.

Der Wetterumschlag.

Verkehrsstörungen — neues Hochwasser?

Das am Sonnabend überraschend einsetzende Tauwetter hat die üblichen Begleiterscheinungen für den Fußgänger-, Straßen- und Fuhrwerksverkehr zeitigt. Während noch gegen die Mittagstunden ein Gemisch von Regen und Schnee herabrieselte und der Boden mit einer Glatteisfläche überzogen, stieg die Temperatur in den Nachmittagsstunden auf etwas über drei Grad Wärme. So entstand so ein rechter „Berliner Reich“. Auf den Straßenbahnverkehr wirkte dieser Witterungswechsel einige Zeit lähmend ein. So konnten an Straßenkreuzungen, hauptsächlich aber an den Weichen endlose Ketten von Straßenbahnen beobachtet werden, die infolge Verflachung der Weichen zum unsterblichen Hallen gezwungen wurden. So ist auch wahrscheinlich eine größere Verkehrsstörung, die an der Kreuzung Französische Straße und Markgrafenstraße, auf Verflachung einer Weiche zurückzuführen. Ein Triebwagen der Linie 61 sprang aus den Schienen und stieß dabei auf den Anhängewagen eines aus entgegengesetzter Richtung kommenden Straßenbahnzuges der Linie 60 E. Durch den Anprall wurde der 47 Jahre alte Schaffner Wilhelm Pacherl aus Weichensee, Berliner Allee 216, von der Plattform geschleudert. Er zog sich Quetschungen und starke Hautabschürfungen zu und wurde auf der nächsten Rettungsstelle verbanden. Wie wir bereits in der Sonnabend-Ausgabe mitteilten, verunglückten infolge der Glätte allein am Sonnabendvormittag nicht weniger als 18 Personen. Diese Zahl wird um weitere 30 Glätteunfälle, die sich in den Nachmittagsstunden ereigneten, vermehrt. Glücklicherweise waren die Verletzungen leichter Art und der größte Teil der Verunglückten, außer zwei Frauen, die infolge schwerer Verletzungen in ein Krankenhaus übergeführt werden mußten, konnten in ihre Wohnungen entlassen werden. Die ungeheuren Schneemassen, die in allen Straßen zu beiden Seiten lagerten, haben so durch den niederliegenden Regen und die warme Temperatur einen recht natürlichen Abgang gefunden. Trotzdem arbeitet die Berliner Straßenreinigung noch immer mit vielen Hilfskräften, um den letzten Rest des Schnees aus dem Straßenbild zu beseitigen. Die Erwärmung hat sich am Sonntag noch fortgesetzt und es wurden Temperaturen von plus 8 Grad gemeldet. Die Wetteraussichten für die nächsten Tage besagen, daß eine weitere Erwärmung eintreten wird, und daß mit wiederholten Regenfällen zu rechnen ist. Besonders hart wurden durch das Tauwetter die vielen winterportalen Veranstaltungen, die für gestern vorausgesetzt waren, getroffen. Aus Thüringen, aus dem Harz, sowie dem Erzgebirge wird gleichfalls Tauwetter gemeldet. Allerdings vollzieht sich der Witterungswechsel nicht so plötzlich wie in der Tiefebene. Die Wasserläufe, die wieder zu Tal gehen, lassen zwar die Flußläufe stark anschwellen, doch ist ein Uebertreten über die Ufer in dem Umfange, wie es kürzlich bei der Hochwasserkatastrophe in Westdeutschland der Fall war, vorläufig nicht wahrscheinlich. In Bayern und im Riesengebirge dauert der Frost noch an und es sind auch noch keine Anzeichen für einen Wetterumschlag in diesen Landesteilen vorhanden.

Reichsbanner-Kundgebungen gegen die Fürstenabfindung!

Am kommenden Mittwoch, den 27. Januar, abends 8 Uhr, veranstaltet das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Gemeinschaft mit den republikanischen Parteien sieben große Kundgebungen gegen die Fürstenabfindung. Zu dem Thema werden das Wort ergreifen: Reichstagspräsident Paul Löbe, die Reichstagsabgeordneten Rüstler, Prof. Scheidemann, Solmann, Stellung sowie Hellmut von Gerlach, Senatspräsident Dr. Grohmann, Bürgermeister a. D. Heßlein, Heinrich Böllner, Dr. Sonnenheim und Redakteur Wilh. Rowod. Weitere Redner werden noch bekanntgegeben. Die Versammlungen finden in folgenden Lokalen statt: Germania-Säle, Chausseest. 110, Reuer Saal des Schwelgergartens, Am Friedrichshain, Klems Festhalle, Halenheide, Körners Blumengarten, Oberschönweide, Hennings Festhalle, Am Bahnhof Vichtersee-Str., Stadt-Theater Köpenick, Seig Festhalle, Spandau, Wittenbergplatz, Charlottenburg. Republikaner, sorgt für guten Besuch der Veranstaltungen!

Rigoreuse Kürzungen der Erwerbslosenunterstützung.

Die Not der Erwerbslosen ist riesengroß und sie zu mildern eine der wichtigsten Aufgaben der Behörden. Aber ebenso notwendig ist es schon aus psychologischen Gründen, großzügiger vorzugehen, als dies im allgemeinen geschieht. So ist mit Genießtheit anzunehmen, daß von einer Hebung der Arbeitslosigkeit nicht die Rede sein kann, wenn auf Grund gesetzlicher Vorschriften die geringe Wochenunterstützung von 9,75 M., die z. B. der Arbeitlose, dessen Frau arbeitet, verdient, um rund 6 M. gekürzt wird, wenn es ihm gelungen ist, für zwei Tage in der Woche Arbeit als Schneeschipper zu bekommen. Der Erwerbslose bekommt für 17 Stunden schwerer Arbeit, die naturgemäß auch Unkosten entstehen läßt, 11,50 M., so daß es mehr als Kleinlich ist, so radikale Kürzungen vorzunehmen. Die Möglichkeit des Nebenverdienstes besteht meistens nur in Ausnahmefällen.

Feuer im „Alpendorf“. Im „Alp“ brach gestern früh um 6 Uhr auf bisher nicht geklärte Weise ein „Alpendorf“ ein Brand aus. Aus diesem Grunde bleibt das Etablissement auf 8 Tage geschlossen.

Billige Fischtage. Wegen großer Heringfänge finden am Montag, Dienstag und Mittwoch, vom 25. bis 27., billige Fischtage statt. Es kommen zum Verkauf: prima lebendfrische grüne Heringe pro Pfund 25—30 Pf. Auch frische Ostseeschollen sind preiswert am Markte. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht.

Öffentliche Vorträge im Museum für Meerestiere. Die 2. Reihe beginnt am 28. Januar 8 Uhr abends mit einer Vortragsreihe durch Spitzbergens Polarwelt mit Eis und Fallboot. Weiterhin werden an den darauffolgenden Dienstagen behandelt: Die Bedeutung des Erdbeis für Schifffahrt und Seemachtspolitik; Anfahren des Ozeanus; Mittelmeerstädte und Inseln; Fern Jahre Abendschiffahrt; Wogeberge im Meer; Trodenlegung der Hülber See. Karten für die Reihe (2,50 M.) und für einzelne Vorträge (50 Pf.) jeberzeit und an den Vortragenden im Museum Georgenstr. 34/36.

Groß-Berliner Parteinaudichten.

108. Wkt. SPD. Der zu heute Montag, anstelle Frauenabend weil wegen besonderer Umstände ausfallen — Die Genossinnen berechnen sich religiös an der Kundgebung des Reichsbanners am Mittwoch, den 27. Januar, im Großen Saal des Stadtheaters.

125. Wkt. SPD. Die neuen Funktionäre sind von Genossen begleitet. Sehehrst. 12, sofort abgeholt, da am Dienstag große Funktionäerversammlung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Rebellerabenteuern, Octogruppe Berlin, heute abend Vortrag des Gen. Dr. Dr. Magnus Hirschfeld über „Mitschul und Geschlechtsleben“, um 7 1/2 Uhr im Vortragsaal des Sozialhygienischen Instituts, In den Sälen 12.

Berlin der Reichsbanner für Feuerbestattung, 4. Bezirk, Kreuzberg, heute abend 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulhausgasse, Gungel Saal, Schulhausgasse.

